



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Nach der Kammerauflösung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nach der Kammerauflösung.

Aus München, Mitte October.

Daß man beim Zusammentreten des bayrischen Landtags absonderliche Dinge erleben werde, ließ sich voraussehen, sobald das Wahlresultat bekannt geworden war. Ueberraschend kam nur dies, daß gleich im ersten Moment die Lage als eine unlöslich verwickelte sich darstellte. Zufällig sollte es sich finden, daß die Parteien sofort in numerisch gleicher Stärke aufeinanderstießen, sodaß selbst die Constituirung der zweiten Kammer unmöglich wurde. Nur ist dieser Zufall darum nicht minder bezeichnend, er ist im Gegentheil das beredteste Symptom für die Lage, in welcher sich der größte der seit dem Prager Frieden der internationalen Selbständigkeit sich erfreuenden Südstaaten befindet. Ja man wird beinahe aufhören müssen, von Zufall zu reden, wenn man sich erinnert, daß die Verhältnisse in Württemberg, dem zweiten dieser Staaten, fast genau dieselben sind und zu ganz ähnlichen Scenen geführt haben. Daß die internationale Selbständigkeit ein sehr zweifelhaftes Geschenk sei, empfinden nun diejenigen am meisten, die am ungestümsten darauf pochten. Denn wiederum nicht zufällig ist es, daß der dritte Staat diese Schmerzen seiner Nachbarn nicht kennt. Entschlossen, zu dem deutschen Staat zu halten, dem er jetzt schon moralisch angehört, findet Baden in diesem Entschlusse zugleich die Sicherheit einer normalen Entwicklung im Innern, die den anderen versagt ist.

Und nicht erst das Parteienverhältniß in der Kammer hat die Lage des bayrischen Staats bloßgelegt; im Grunde ist schon die Zusammensetzung des Ministeriums ein ebenso sprechendes Symptom des innern Widerstreits, in dem sich die Politik des bayrischen wie des benachbarten Staats befindet. Denn auch in dieser Beziehung liegen die Dinge am Neuenbach ähnlich. Die Verwaltung ist hier wie dort zusammengesetzt aus Elementen, welche nach der einen wie nach der anderen Seite die Hand reichen, welche in jedem Augenblick eine Schwenkung hierhin und dorthin ermöglichen, und die dazu bestimmt scheinen, nach keiner Seite hin zu compromittiren, ohne nicht auch zugleich noch mit der gegnerischen Fühlung zu behalten. Die Unfähigkeit, eine bestimmte Stellung zum

norddeutschen Bunde einzunehmen, wird hier wie in Württemberg die Homogenität des Ministeriums unmöglich machen. Verträgt sich ein streng particularistisches Regiment nicht mit den feierlich übernommenen Staatsverpflichtungen, so sind doch seine Vertreter mächtig genug, Fuß in der Regierung zu behalten. Die Verwirrung der öffentlichen Meinung spiegelt sich so wieder in der obersten Verwaltung.

In seiner Gesamtheit repräsentirt das Ministerium, um es kurz zu sagen, die Treue gegen die Verträge und die liberale Reform. Daher der Doppelhaß der Ultramontanen. Aber doch nur uneigentlich kann von einer Gesamtheit des Ministeriums gesprochen werden, und ungleich vertheilt sich daher der Haß der Schwarzen gegen seine einzelnen Mitglieder. Wenn der Fürst Hohenlohe das nationale Element repräsentirt und über die Vertragstreue hinaus die Anstrengung eines engeren Verhältnisses zum Nordbunde zu seinem freilich für den Augenblick undurchführbaren Programm gemacht hat, so steht an seiner Seite der Minister des Innern Hörmann als Vertreter der liberalen Principien, wie sie in der letzten Zeit in den verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung, in der Gemeindeverwaltung, im Justizwesen und im Schulwesen angestrebt und theilweise auch verwirklicht worden sind. Beide zusammen sind der eigentliche Zielpunkt des Hasses der Ultramontanen, auf den Sturz beider sind immer wieder die Anstrengungen der Gegenpartei gerichtet, deren Wortführer es geradezu aussprechen, die Beseitigung dieser zwei Minister genüge ihnen vollständig, und es liege ihnen sogar wenig daran, durch welche andere Persönlichkeiten sie ersetzt würden. Nächst ihnen ist es der Cultusminister Greßer, der sich, zumal seit der Vorlage des gescheiterten Schulgesetzes, der Abneigung der Clericalen erfreut; aber schon von den Ministern Presshauer und Schlör ist man überzeugt, daß sie auch in einem purifisirtem Ministerium ihre Portefeuilles behalten würden, obwohl der letztere bei der hartnäckigen Präsidentenwahl tapfer auf der liberalen Seite ausgehalten hat und darum wiederholter Verwarnungen von Seiten des „Volksboten“ sich theilhaftig machte. Mit den Herren Luz und v. Prankh endlich reicht das Ministerium vollends der „patriotischen“ Partei die Hand, eine Stufenleiter, wie sie nicht vollständiger sein könnte.

Ein solches Ministerium entspricht nun unstreitig der augenblicklichen Lage, es ist wirklich ein Ausdruck der bayerischen Volksmeinung, die sich bei den letzten Wahlen in zwei fast gleiche Hälften gespalten hat. Aber andererseits ist klar, daß eine solche Regierung darauf verzichten muß, führend und lenkend auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Sie ist ohne Autorität, weil sie die Freunde aller Parteien in ihrem Schoße hat und darum des Vertrauens Aller entbehrt. Sie folgt der Bewegung der öffentlichen Meinung, anstatt sie zu leiten und vorzubereiten.

Dies zeigte sich schon bei den Wahlen zur aufgelösten Kammer, wo die bescheidene Zurückhaltung des Ministeriums sich zwar überaus constitutionell ausnahm, aber doch nur die Folge der inneren Schwäche war; denn sonst hätte man doch nicht Verwaltungsbeamte, wie dies da und dort vorkam, in der unbefangenen Weise gegen das Ministerium auftreten, sonst hätte man doch nicht Ministerialräthe geradezu an die Spitze der Opposition treten lassen. Aber die patriotische Partei glaubte sich Alles erlauben zu dürfen, sie trug eine Zuversicht zur Schau, als ob sie morgen die vacanten Ministerposten zu besetzen hätte. Der Ausfall der Wahlen war denn auch dem entsprechend. Die ministerielle Partei in der Kammer, bisher dominirend, schmolz zu einer kleinen Fraction zusammen, die Wähler gingen theils weiter nach rechts, theils weiter nach links, sie votirten theils für die Fortschrittspartei mit ihrem bestimmteren nationalen Programm, theils für die patriotische Partei, welche das Landvolk mit den Mitteln einer hierarchischen Demagogie gegen die Bourgeoisie aufhetzte. Die Städte wählten liberal, das Landvolk clerical. Es waren, wie man sich in Bayern ausdrückte, extreme Wahlen, obwol nur hier die Dinge so seltsam liegen, daß die nationale Partei als eine extreme rothe Partei prädicirt werden kann.

War es so wenigstens zum Theil der Mangel an Autorität der Regierung, der das Wahleresultat herbeiführte, so war derselbe Mangel noch empfindlicher zu spüren, als die constitutionelle Maschine in Folge dieses Resultats sichtbar ins Stocken gerieth. Auch hier nahm es sich ganz constitutionell aus, daß die Regierung 14 Tage dem fruchtlosen Schauspiel in der Pranner-gasse mit gekreuzten Armen zusah, aber man weiß auch, daß es nicht ein berechneter Plan, sondern die völlige Rathlosigkeit, die Furcht vor dem Unbekannten war, in Folge deren sie es vorzog, eine Entscheidung so lang als möglich hinauszuschieben. Als ob die Lage eine andere geworden wäre, wenn in Folge eines Zufalls — denn auf anderes konnte man kaum rechnen, die absolute Mehrheit doch der einen Partei zugefallen oder durch ein Compromiß die Constituirung der Kammer ermöglicht worden wäre. Als ob sich nicht sofort bei den Ausschußwahlen das Schauspiel wiederholt hätte, und als ob mit einer so zusammengesetzten Kammer, deren innerer Zwiespalt noch vor der Constituirung so drastisch sich ausdrängte, irgendwie auch nur die laufenden Geschäfte, geschweige denn die noch rückständigen gesetzgeberischen Arbeiten hätten besorgt werden können. Es war sogar die Gefahr vorhanden, daß wenn durch einen Zufall doch die Bildung des Bureaus gelänge, dies nur auf Kosten der liberalen Parteien geschehen könne, die bei den Verhandlungen über die Anträge der Legitimationscommission nur durch ein überaus geschicktes Parteimanöver, das einige Gegner verblüffte, und das wesentlich das Verdienst des scharfsinnigen Bürgermeisters von Augsburg war, die

Mehrheit der Gegner abwehren und zu ihren Gunsten die Parität der Stimmen herstellen konnte. Denn an sich gehörte die Mehrheit wirklich der patriotischen Partei an, die wenn nicht stärker, doch ungleich compacter auftrat, als unmittelbar nach den Wahlen prognosticirt worden war. Damals war man allgemein der Ansicht gewesen, daß von der Partei, die doch manche abhängige Elemente enthielt, eine gemäßigte Fraction sich abspalten werde, mit der wenigstens Compromisse möglich sein würden. Diese Vermuthung erwies sich, als die Kammer zusammentrat, als gänzlich irrig. Bis auf den letzten Mann hielt die patriotische Partei aus, nebst ihren Ministerialrathen, deren einer mit Ostentation als ihr Führer und als der Mauerbrecher gegen das Ministerium proclamirt wurde. Eben jene Legitimationsverhandlungen zeigten zugleich von Anfang an, in welcher rücksichtslosen Weise sie, unbekümmert um alles Herkommen der parlamentarischen Praxis, das numerische Uebergewicht, sobald sie dessen sicher wäre, für ihre Parteizwecke ausnützen würde. Ihr Troß steigerte sich noch, als sie die Verlegenheit der Regierung bemerkte. Unmöglich erschien jene Lösung, die bei demselben Conflict in Stuttgart gelungen war, wo gleichfalls bei der Präsidentenwahl sieben Scrutinien erforderlich waren, bis eine der gleichstarken Parteien die absolute Mehrheit erhielt, dadurch nämlich, daß einige Wilde, wie dies im württembergischen Ständesaal stets vorzukommen pflegt, sich dem Einfluß der Regierung zugänglich erwiesen und so das in Württemberg doppelt schmachliche Ergebnis verhinderten, daß zum Kammerpräsidenten der Führer der Ultramontanen gewählt wurde. Eben dieser Einfluß fehlte in München gänzlich, wo selbst die den Ministern nächststehenden Beamten vielmehr auf ein Zukunftsministerium speculirten, als auf das gegenwärtige glaubten Rücksicht nehmen zu müssen. Während der peinlichen Tage der Scrutinien waren eine Menge Projecte zu einem Ausweg, eine Menge Gerüchte von einem angebahnten Compromiß verbreitet, die Tag für Tag einander ablösten. Bald hieß es, die Ministerialbeamten hätten einen Wink erhalten, von der Sitzung wegzubleiben, um so eine Wahl zu ermöglichen, dann hieß es wieder, eine Anzahl der patriotischen Abgeordneten sei schwankend geworden und einer versöhnlichen Tactik zugänglich. Endlich sollte ein berühmter Kirchenlehrer in erfolgreicher Weise versucht haben, versöhnlich auf die rechte Seite einzuwirken. Alle diese und andere Gerüchte erwiesen sich als müßig. Nicht ein Einziger verließ seine Fahne. Wenn Neigung zum Abfall vorhanden war, so wurde dem durch den Terrorismus der Parteiführer, welche mit Argusaugen Mienen und Stimmzettel der minder Verlässigen controlirten, kräftig vorgebeugt. Als in der letzten Stunde noch Fürst Hohelohé persönlich eine Intervention versuchte, um wenigstens die provisorische Wahl eines Bureaus zu Stande zu bringen, war es zu spät. Der Widerstand war geschlossen, unerbittlich. Sogar am Hohn fehlte

es nicht, wenn von patriotischer Seite angedeutet wurde, daß man wohl etwa mit der Fortschrittspartei, keineswegs aber mit der verhaßteren Mittelpartei zu compromittiren geneigt sei. In Wahrheit wollten die Clericalen nicht ein Compromiß, sondern Unterwerfung, und diese war der vereinigten Linken um so weniger anzufinnen, als sie von Hause aus durch die Aufstellung ihres Präsidentschaftscandidaten die Hand zur Vermittelung geboten hatte. Denn die Fortschrittspartei war nicht auf ihrem Führer Marquard Barth bestanden, der in die Linie des Vicepräsidenten zurücktreten sollte. Sie hatte mit der Mittelpartei auf Professor Edel in Würzburg sich vereinigt und war damit bereits bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Zusammen mit seinem jetzigen Gegner Weiß einst viel genannt, gehörte dieser der alten großdeutsch-liberalen Partei an, die durch das Jahr 1866 zersprengt ist, und gerade in der nationalen Frage stand Weiß der Fortschrittspartei jedenfalls nicht näher als der patriotischen. Jetzt zur Mittelpartei haltend eignete er sich allerdings unter diesen Umständen zu einem Compromißcandidaten, der auch den gemäßigteren Elementen der Patrioten annehmbar schien. Aber weiter in der Nachgiebigkeit zu gehen, war den liberalen Parteien nicht zumuthen. Zu dieser vereinigten Linken gesellte sich auch die einzige Stimme der Volkspartei, die des Abgeordneten Kolb, nicht ohne daß „der Statistiker aus Speyer“ seine Abneigung gegen M. Barth ausdrücklich proclamirte und zuvor die Bedingung stellte, daß die Gründe für seine Haltung öffentlich bekannt gemacht würden. Von der strengen Observanz seiner Partei wich er allerdings insofern ab, als diese sonst überall den Ultramontanen ihre Stimmen zur Verfügung zu stellen pflegt.

Die Hartnäckigkeit der beiden Parteien machte die Auflösung, die Berufung an die Urwahlen des Volks unvermeidlich. Nun ist wohl nicht daran zu denken, daß das Ergebnis ein wesentlich anderes sein werde. Auch in der nächsten Kammer werden die Parteien einander annähernd wieder gleich sein. Nur wird sich der Zufall der mathematischen Gleichheit schwerlich wiederholen. Auf welche Seite das Uebergewicht sich aber neigen werde, läßt sich schwer voraussagen. Wahr ist, daß schon bei den letzten Wahlen die Zahl der liberalen Wähler größer war als die der clericalen. Nur durch die Art, wie sich die Parteien in den einzelnen Wahlbezirken vertheilten, hatten die Clericalen es zu einem numerischen Uebergewicht gebracht. Die Clericalen hatten in vielen Bezirken sehr starke Minderheiten, die Liberalen vielfach gar keine Minderheiten gegen sich. Es ist dies ein Umstand, welcher der Regierung den Entschluß, die Eintheilung der Wahlbezirke zu ändern, nothwendig sehr erleichtern muß. Besser wäre es freilich gewesen, wenn sie schon bei den vorigen Wahlen diesen Punkt gebührend ins Auge gefaßt hätte, dann müßte sie nicht jetzt zu einer Maßregel greifen, die ihr von gegnerischer

Seite allerdings als ein zweifelhaftes Manöver zur Selbsterhaltung ausgelegt werden wird. Allein übertriebene Delicatesse ist hier nicht am Platze. So lange die Regierung das gesetzliche Recht hat, die Wahlbezirke nach ihrem Belieben zusammenzusetzen, ist nicht abzusehen, warum sie in so kritischer Lage nicht davon Gebrauch machen sollte. Ein Ministerium gegnerischer Farbe wäre mit solchen gesetzlichen Mitteln in der Hand sicher nicht blöde. Uebrigens handelt es sich dabei gar nicht um eine Frage der Delicatesse, sondern um die Abstellung einer wirklichen Unbilligkeit. Die jetzige Wahltheilung stammt aus der Pfordten-Reigersbergischen Periode, ist mit Berechnung in reactionärem Sinne zugeschnitten und vor Allem darauf bedacht, die Stimmen der Städte in den Stimmen des Landes zu erstickern. Schon im Jahr 1863 verlangte die Linke vergebens eine Veränderung der Wahlbezirke; damals war es die heutige Mittelpartei, die damalige großdeutsche Mehrheit, welche die Beibehaltung eines Systems entschied, dessen Folgen sie jetzt am allermeisten getroffen haben. Da sämtliche Städte, mit Ausnahme von Freising und Regensburg, liberal gewählt haben, so liegt es auf der Hand, welche Folgen es haben wird, wenn den Stimmen der Städte eine Geltung gesichert wird, welche sie in der That beanspruchen können. Man erwartet, daß die Regierung auch sonst bemüht sein werde, eine größere Autorität auszuüben. Wenigstens die anstößigsten Fälle von zu weit getriebener Toleranz müßten abgestellt werden. Das Manifest, das man von Seite des Ministeriums erwartet, wird zeigen, inwiefern es sich zu einer Gesamttaction aufzuraffen vermag. Im Ganzen ist nicht zu verkennen, daß durch das maßlose Auftreten der Ultramontanen, wie die Mittelpartei nach links gedrängt wurde, so auch das Ministerium an Geschlossenheit gewonnen hat und wenn es nur ernstlich will, im Stande ist, eine größere Kraft des Widerstands und stärkeren Einfluß auf die nächsten Wahlen auszuüben.

Indessen, wenn auch das Loos anders fiele und eine entschiedene Mehrheit für die Clericalen aus der Wahlurne hervorgehen würde, dürfte man die Besorgnisse vor der neuen Aera nicht übertreiben. Die clerical-bureaufkratischen Zeiten eines Abels sind vorüber; die Programme der Schwarzen würden bescheidener werden, sobald sie ans Ruder gelangten. Es ist nicht unglaublich, wenn versichert wird, daß sie im Vertrauen selbst geständen, es sei ihnen bequemer, in der Opposition zu sitzen als in der Gewalt. Der Werth der Versprechungen, mit welchen sie das Landvolk geködert, würde in kurzem auf die Probe gestellt werden. Denn nicht bloß mit Erweckung der Begeisterung für die Jungfrau Maria und alle Heiligen, sondern weit mehr mit Versprechungen sehr materieller Art haben sie die Stimmen des Landvolkes für ihre Candidaten gewonnen. Wie in Württemberg die Volkspartei, so haben in Bayern die Clericalen ihre Argumente vornehmlich den unerschwinglichen Steuerüber-

bürdungen und dem blutsaugenden Charakter des Militärstaats entnommen. Wenn nun die patriotische Partei ans Ruder käme und es sich zeigte, daß sie nicht im Stande wäre, ihre Versprechungen von Steuererleichterungen und dergl. einzulösen, so könnte es kommen, daß die Bauernvereine, deren Gründung sich jetzt die Geistlichen so angelegen sein lassen, eines Tages den Gründern sehr unbequem werden. Freilich an eine Reform des Schulwesens, das A und O des geistigen Fortschritts, wäre unter dieser Partei nicht zu denken. Ueberhaupt würde eine Stockung in den gesetzgeberischen Reformen eintreten. Aber schwerlich ließe sich rückgängig machen, was bereits werthvolles auf diesem Gebiete geschehen ist. Mit der „gründlichen Revidirung der fortschrittlichen Wohlthaten“, welche jetzt in Aussicht genommen wird, hätte es seine guten Wege und schwerlich würde es z. B. Ernst mit der Drohung, die Einführung der neuen Civilproceßordnung, die auf den 1. Juli 1870 festgesetzt ist, zu suspendiren. Was endlich die nationale Frage betrifft, so ist auch das Ministerium Hohenlohe unter den jetzigen Verhältnissen zum Stillstande verurtheilt; diesen Stillstand aber in einen Rückschritt zu verwandeln, wäre auch ein patriotisches Ministerium nicht im Stande. An den eingegangenen Verbindlichkeiten würde es wohl oder übel auch festhalten müssen, und das genügt für den Augenblick. Für den Südbund vergebliche Schritte zu thun, würden wohl auch Herr v. Winthorst oder Herr v. Thüngen unterlassen. Es ist von Niemand zu erwarten, daß er sich mit Gewalt werde lächerlich machen wollen.

Es ist noch ein anderer Grund, der die ultramontane Partei zwingen würde, sehr gelinde Saiten aufzuziehen. Bei jeder Krisis des bayerischen Staats zeigt sich aufs Neue, wie wenig es im Laufe eines halben Jahrhunderts gelungen ist, die verschiedenen Elemente des zufällig zusammengewürfelten Königreichs zu einem gemeinsamen Staatsgefühl zu erziehen. Bereits wird die Rheinpfalz, die den altbayerischen Gefühlen am fernsten steht, von den Ultramontanen als eine fremde Provinz betrachtet, die eigentlich gar nicht das Recht hat mitzureden. In Franken und in einem Theil Schwabens, besonders in den alten Reichsstädten, ist die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus äußerst leicht gewurzelt. Man spottet dort über den Würtemberger, dem sein „Ländle“ doch schließlich das höchste ist, und dem sein König, ja sein Wohl und sein Mayerle am Ende als Gipfel aller Vorzüglichkeit gelten. Die nördlichen protestantischen Provinzen Bayerns sind einmüthig darin: ein ultramontanes Regiment ertragen wir ein für allemal nicht. Das Bewußtsein zu Deutschland zu gehören, und nicht zu Rom, müßte sich hier aufs kräftigste und folgenreichste entwickeln. Ein ultramontanes Ministerium wäre das Signal zur inneren Verwirrung des Staats,

aber es würde jenen Proceß beschleunigen, von welchem die Vollendung unsrer nationalen Einheit abhängig ist.

Ueberhaupt ist der Gewinn nicht hoch genug anzuschlagen, den aus dem unverschleierten Auftreten des Ultramontanismus seit 1866 die nationale Sache in Bayern zieht. Die liberalen Elemente sind zugleich die nationalen; „vornwärts nach Deutschland oder rückwärts nach Rom“, das ist die Losung, und wenn auch ein Theil der Fortschrittspartei dem nationalen Theil des Parteiprogramms nur zögernd und mit Vorbehalten folgt, so ist doch innerhalb des Liberalismus die Nationalpartei die dominirende, sie ist am besten organisiert, hat die fähigsten Köpfe, die fähigsten Agitatoren, die rührigste Presse, und die Anziehungskraft, die sie ausübt, ist unverkennbar. Was von der großdeutschen Mittelpartei übrig ist, hat die besonderen Sympathien für Oestreich längst abgestreift, ist mehr und mehr an die Seite der Fortschrittspartei gedrängt worden, oder hat, um in der Sprache des „Volksboten“ zu reden, endlich die Maske abgeworfen und betet jetzt blind das goldne Kalb des rothen Fortschritts mit an. Bei den nächsten Wahlen wird sich diese Verbindung noch enger zeigen als bei den vorigen.

Eben deshalb wird man es auch ganz begreiflich finden, wenn die Fortschrittspartei in dem bevorstehenden Wahlkampf nicht die nationale Seite ihres Programms in die erste Linie stellt. Sie hat auf einer alten Organisation beruhend aus guten Gründen diese Seite überhaupt niemals so prononcirt, wie dies in Württemberg z. B. unvermeidlich war, wo sich die deutsche Partei vor drei Jahren ad hoc gebildet hat. Der Erfolg ist schließlich um so sicherer, je klarer die Bedeutung der nächsten Wahlen dahin verlegt wird, alle freisinnigen Elemente des Landes zum Kampf gegen die Ultramontanen zusammenzufassen. Die Fortschrittspartei verleugnet damit nicht ihr Programm, aber es ist ihr durch die Verhältnisse des Landes eine andere Tactik vorgeschrieben als in Baden und Württemberg. Eben wegen dieser Verschiedenheit der tactischen Aufgaben haben auch die Versuche, die nationale Partei in den drei Ländern unter einer gemeinsamen Organisation zusammenzuschließen, niemals einen rechten Erfolg haben wollen, und es liegt auf der Hand, daß auch das in den letzten Wochen viel erörterte Project einer Reorganisation der Nationalpartei durch ganz Deutschland an diesem Punkt ein hervorragendes Hinderniß, wenn auch nicht das einzige, findet. Man kann sich nicht verbergen, daß durch eine solche Organisation die Arbeit der nationalen Parteien in den drei süddeutschen Ländern schwerlich erleichtert würde. So wie die Dinge liegen, hat jedes die Aufgabe, je nach den besonderen Bedingungen die Elemente des Widerstands im eigenen Hause zu bekämpfen und zu überwinden. Die Mittel sind verschieden, das Ziel aber ist dasselbe

und der Gewinn kommt dem Ganzen zu, das ja nicht auf andere Weise als durch freiwillige Handreichung der einzelnen noch fehlenden Glieder aufgebaut werden soll.

Ein Zeitgenosse Julius Cäsars.

Es ist eine überraschende Erscheinung der römischen Geschichte, daß in den alten patricischen nicht minder als den früh in die Nobilitätsaristokratie aufgenommenen Plebejergeschlechtern staatsmännische Befähigung oder militärische Tüchtigkeit sich Jahrhunderte hindurch von Generation zu Generation auf die Träger des edlen Namens vererben, der wohl in seinem letzten Inhaber noch uns eine Persönlichkeit vorführt, welche die Richtung der ganzen Nation zu bestimmen vermag, — während gerade die von vornherein weniger gut situierten Plebejerfamilien, denen im letzten Jahrhundert der absterbenden Republik, also in Zeiten, wo die alte Aristokratie sich in eine geschlossene Oligarchie umgewandelt hatte, unter den größten Schwierigkeiten gelungen war, den Zugang zu den höchsten Ämtern des Staats und damit den Adel zu erlangen, nach einmaliger Blüthe wieder verschwinden oder in den Epigonen nur schwächliche Nachbildungen der väterlichen Kraft, höchstens sittlich und politisch verkommene Capacitäten aufweisen. Man sollte meinen, daß das mit Aufbietung der höchsten Kraft und constanter Richtung auf ein Ziel nur mühsam von den Vätern erworbene Gut gerade von den mitbetheiligten Söhnen hätte richtig geschätzt und treu bewahrt werden müssen. Aber es ist nicht so, wie wir sehen. Die in den bloßen Namen Cornelier-Sulla, Julier-Cäsar, Claudier-Tiberius, — Cato, Crassus und Pompejus, — Cicero, Cölius und Antonius enthaltene Beweisraft überhebt uns jedes weiteren Versuchs, die Richtigkeit der Beobachtung darzuthun, aber einen Beitrag zur Lösung dieses interessanten Problems soll die kurze Darstellung der Lebensschicksale eines Mannes liefern, in dem der sittliche Zustand dieses Epigonthums auch bei einem solchen Geschlechte klar hervortritt, das bislang mit Eifer aber vergebens nach der höchsten Ehrenstelle gestrebt hatte. Wir meinen Gajus Memmius, den Zeitgenossen Cicero's und Cäsars, den Freund des Lucrez, welcher durch das ihm gewidmete Meisterwerk des Dichters eine unverdiente Berühmtheit erlangt hat.

Fällt das Auge des Gebildeten unvorbereitet auf den Namen Memmius, so legt er wohl die Hand an die Stirn und fragt: Wo bringe ich nur den Namen hin? ich kenne ihn doch gewiß! Man besinnt sich dann auf Gajus